



**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 23.05.2014

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 47. Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses vom 08.05.2014**

öffentlich

**16.2 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen;
hier: Dringlichkeitsantrag der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom
16.12.2013 betreffend Grundstück Liebigstraße 201 für Wohnen entwi-
ckeln
1141/2014**

SB Frenzel ist der Ansicht, die von der Bezirksvertretung Ehrenfeld gewünschte Wohnbebauung erscheine auf den ersten Blick sinnvoll. Allerdings gebe es noch zahlreiche offene Fragen; so müsse beispielsweise geprüft werden, ob der im Süden ansässige Lebensmittelgroßhändler mit seinem 24-Stunden-Lieferbetrieb und die mit der Rheinenergie verbundenen Verkehre mit einem Wohnstandort überhaupt verträglich seien. Soviel er wisse, habe der Vorhabenträger ein Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben. Er schlägt vor, sich dieses erst anzuschauen, bevor über den Beschluss aus der Bezirksvertretung abgestimmt wird.

RM Sterck spricht sich von Seiten der FDP-Fraktion für das Vorhaben aus. Die geplante Wohnbebauung halte er für eine sinnvolle Ergänzung, weswegen er sich dem Beschluss der Bezirksvertretung anschließen würde.

RM Moritz könnte sich gut vorstellen, einen „Grünen Zugang“ zwischen der neuen Wohnbebauung und dem zukünftigen Park der Rheinenergie zu verwirklichen. Sie wünsche sich, dass nach dem Umbau die Rheinenergie ihren Park mitsamt der Kantine für die Allgemeinheit öffnen werde. Dies würde erheblich zu einer Attraktivierung und Belebung des Viertels beitragen. Allerdings könne sie nicht beurteilen, ob ein Wohnen aufgrund der verkehrlichen Situation grundsätzlich zumutbar sei.

RM Götz ist der Überzeugung, dass eine Wohnbebauung mit dem dort ansässigen Gewerbe, insbesondere wegen der Lieferverkehre, unverträglich sei. Auch wolle er

keinesfalls, dass das Gewerbe durch die heranrückende Wohnbebauung verdrängt werde.

Stellv. Vorsitzender Noack fasst zusammen, dass zunächst die Lärmauswirkungen in Form einer Machbarkeitsstudie o.ä. näher zu untersuchen sind und der Wunsch bestehe, die Vorlage bis dahin zu vertagen.

Dies wird vom Stadtentwicklungsausschuss einstimmig bejaht.